

**dfi analyse**  
Integration und Chancengleichheit – deutsch-französische Impulse – Seite 1

**dfi information**  
Zweite Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft – Seite 4

„dfi aktuell“ im neuen Gewand – Seite 5

**dfi service**  
Neuerscheinungen:  
Frankreich Jahrbuch 2006  
dfi compact Nr. 5 – Seite 6

## Integration und Chancengleichheit Deutsch-französische Impulse

### Ein ungewöhnliches Projekt

**dfi analyse** Seit dem deutsch-französischen Ministerrat vom März 2006 hat das Thema „Integration und Chancengleichheit“ in der bilateralen Arbeit zwischen beiden Ländern eine herausragende Bedeutung. Bisher wurde die Aufgabe der Integration und sozialen Eingliederung von Zuwanderern (der ersten oder zweiten Generation) vorwiegend als nationale Aufgabe betrachtet. Zunehmend ist den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewusst geworden, dass sowohl die Neuzuwanderung in die EU als auch die soziale Integration von Bürgern mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen für alle europäischen Staaten eine zentrale politische Aufgabe ist.

halb der einzelnen Mitgliedstaaten, zwischen den Mitgliedstaaten oder zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten. Vor diesem europäischen Hintergrund muss die Initiative der deutschen und französischen Regierung gesehen werden, in einem zunächst bilateralen Diskussionsprozess Erfahrungen unterschiedlicher nationaler Traditionen auszutauschen.

An diesem Diskussionsprozess und Erfahrungsaustausch beteiligen sich zahlreiche Institutionen und Organisationen. Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg (dfi) ist von den zuständigen Ministern gebeten worden, diesen Diskussionsprozess zu begleiten. Am 23. Januar 2007 wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Staatsminister für Europa Günter Gloser, seiner französischen Kollegin Catherine Colonna, sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, und dem französischen Minister für Chancengleichheit Azouz Begag, in Paris auf einer Pressekonferenz eine **Zwischenbilanz** vorgestellt, in der das dfi die bisherigen Ergebnisse zusammenfasst. In der Folge werden einige Erkenntnisse hervorgehoben und weitergehende Perspektiven aufgezeigt.

Deutschland und Frankreich sind erheblich von den sozialen Veränderungen betroffen, die sich aus den Migrationsbewegungen ergeben, denn beide Länder haben einen vergleichsweise hohen Prozentsatz von Mitbürgern, die zugewandert sind oder einen Migrationshintergrund haben. In beiden Ländern hat man in den vergangenen Jahren beobachten können, wie das Thema „Integration und Chancengleichheit“ im jeweiligen nationalen Zusammenhang zu einem herausragenden Thema der politischen und öffentlichen Debatte sowie der Gesetzgebung geworden ist. So war es eine nahe liegende Entscheidung, eine deutsch-französische Diskussion zu beginnen. Dabei wurde man sich schnell bewusst, dass relativ vergleichbare Situationen mit sehr unterschiedlichen politi-

*Fortsetzung Seite 2*



Ein wichtiges Feld für praktizierte Integration: die Schule.

Es ist kein Zufall, dass 2007 in der EU das Jahr der Chancengleichheit ist, und 2008 schließt mit dem Thema des interkulturellen Dialogs unmittelbar an. Auch im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU taucht unter den sozialwissenschaftlichen Themen der interkulturelle Dialog auf, sei es ein interkultureller Dialog inner-

*Fortsetzung von Seite 1*

schen Instrumenten und Diskursen bearbeitet wurden. Diese unterschiedlichen Herangehensweisen werden symbolhaft sichtbar in der Benennung der beiden Staatsminister, in deren Zuständigkeit das Thema fällt, von dem wir reden: In Frankreich handelt es sich um den „beigeordneten Minister für die Förderung der Chancengleichheit“, der dem Premierminister zugeordnet ist; in Deutschland ist es die „Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration“, die ebenfalls auf höchstem Niveau bei der Bundeskanzlerin angesiedelt ist. Diese semantische Differenz ist Ausdruck einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Themenkomplexes „Integration und Chancengleichheit“, unterschiedlicher Prioritäten und divergierender politischer Diskurse. Daher scheint es sinnvoll, die gebrauchten Begriffe etwas genauer zu bestimmen.

### Die Begriffe

Wenn man sich über die eigenen, oft unbewussten Entscheidungen Rechenschaft ablegen will, ist ein Vergleich der Begriffe, die man zur Beschreibung sozialer Situationen, in öffentlichen Debatten oder zur Definition politischer Prioritäten benutzt, äußerst hilfreich. Die sprachliche Vielfalt in Europa ist nämlich keineswegs eine Behinderung des wechselseitigen Verständnisses, sondern das Gegenteil ist der Fall: Die Übersetzung von einer Sprache in die andere erlaubt uns, den Sinn der Worte genauer zu erfassen, uns der Konnotationen bewusst zu werden, die jede Äußerung notwendig begleiten. Diese nützliche Übung ist besonders fruchtbar, wenn man am Begriff der „Integration“ im deutschen und französischen Sprachgebrauch arbeitet.

In der französischen Logik wird „intégration“ vor allem im Hinblick auf die Neuzuwanderer benutzt. In den offiziellen Texten, z. B. in den Publikationen des Haut Conseil à l'Intégration, wird dabei unterstrichen, dass „intégration“ ein wechselseitiger Anpassungsprozess ist, also weder reine „insertion“ (Eingliederung) noch völlige „assimilation“. Sobald die juristischen Statusfragen und der Zugang zu den Systemen der Aufnahmegesellschaft geklärt sind, werden die Zuwanderer in Frankreich als Teil der Gesellschaft betrachtet – ab diesem Moment geht es nicht mehr um Integration, sondern um die Gewährleistung der Chancengleichheit. Das republikanische Denken bevorzugt seit jeher die Vorstellung einer Staatsbürgerschaft ohne Bezug auf die ethnische oder kulturelle Herkunft der Individuen. Sobald die Menschen legal in Frankreich leben, und vor allem sobald sie die französische Staatsangehörigkeit

haben, spricht man so wenig wie möglich von der Zugehörigkeit zu einer ethnisch, kulturell oder religiös definierten Gruppe. Die Problemfelder, die gesellschaftliche Gruppen in der Gesellschaft und somit auch die Zuwanderer oder die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, werden vor allem mit topographischen („die Stadtviertel“, „die Vororte“) oder sozialen Begriffen („Schulversagen“, „Arbeitslosigkeit“, „Diskriminierung“) beschrieben. Erst seit kurzer Zeit werden in offiziellen Texten die Folgen der kulturellen Gewohnheiten zugewanderter Personen als ein relevantes Element erwähnt, dem bei der Thematik „Integration und Chancengleichheit“ Rechnung getragen werden muss.

abzielen. Mit dem französischen Sprachgebrauch vergleichbar ist hingegen die Bemühung, den Begriff „Integration“ nicht als Einbahnstraße, sondern als wechselseitigen Prozess zwischen aufnehmender Gesellschaft und neuen Mitgliedern der Gesellschaft aufzufassen.

Wenn man in Deutschland über ethnische Minderheiten spricht, löst dies im politischen Diskurs nicht dieselben Reflexe aus wie in Frankreich. Dieser Unterschied ist dann besonders stark spürbar, wenn es um religiöse Zugehörigkeit geht. Als der Bundesinnenminister am 27. September 2006 einen breiten Diskussionsprozess mit den in Deutschland bestehenden

### Service

## Neu im dfi-Internetangebot: weitere Informationen zum Thema Integration und Chancengleichheit

In seinem [Internetangebot](#) hat das dfi weitere Informationen zum Arbeitsschwerpunkt „Integration und Chancengleichheit“ zusammengestellt. Neben Informationen zum Projekt selbst findet sich dort auch ein Kalender mit Hinweisen auf deutsch-französische Veranstaltungen zum Thema.

Ergänzt wird dieses Angebot durch ein Ver-

zeichnis einschlägiger Internetressourcen und die Möglichkeit, mit einem Mausklick einen Überblick über Publikationen zum Thema „Integration und Chancengleichheit“ im Bestand der Frankreich-Bibliothek des Instituts zu erhalten.

Sebastian Nix [nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

Der deutsche Gebrauch des Begriffs „Integration“, so wie er in der politischen und öffentlichen Debatte zu beobachten ist, weicht erheblich vom französischen Gebrauch ab. Vereinfacht könnte man sagen, dass der Begriff im Deutschen eine viel größere Reichweite hat. Niemand wundert sich, wenn man über „Integration“ spricht und sich dabei auf junge Menschen bezieht, die als Kinder oder Enkel zugewanderter Bürger in Deutschland geboren wurden. Für lange Zeit hat die gängige Sichtweise in Deutschland die ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit unabhängig vom juristischen Status in den Vordergrund gerückt. Eine der Besonderheiten der deutschen Zuwanderungsgeschichte erklärt sich aus diesem Ansatz: Die Nachfahren deutscher Auswanderer oder zwangsweise Umgesiedelter in Osteuropa (bzw. den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion) haben als „Aussiedler“ oder „Spätaussiedler“ Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Bereich der Einbürgerung hat in Deutschland erst das Jahr 2000 mit einem neuen Gesetz einen Wechsel vom Abstammungsprinzip zum Ortsprinzip gebracht. Im Respekt vor den ethnischen Ursprüngen oder den kulturellen Gepflogenheiten der betroffenen Gruppen benennt man direkt die Zielgruppen, auf die integrationspolitische Maßnahmen

Islamorganisationen angestoßen und hierfür eine „Islamkonferenz“ einberufen hat, ist diese Initiative von allen im Bereich Integration und Chancengleichheit tätigen Organisationen außerordentlich begrüßt worden. Im laizistischen Frankreich hingegen ist die Verbindung von sozialen Problemlagen mit religiöser Zugehörigkeit nicht gewollt, um vorschneller Stigmatisierung vorzubeugen.

### Unterschiedliche Traditionen und konvergierende Praxis

Wenn man die bisherigen Konferenzen, Foren und Diskussionsplattformen betrachtet, lassen sich einige dominante Punkte festhalten (für eine ausführlichere Darstellung siehe den [Bericht](#) des dfi). In den folgenden Themenbereichen hat es intensiven Austausch gegeben und punktuell auch gelungene Übernahmen einzelner Maßnahmen aus einem Land ins andere.

**Schulische und berufliche Ausbildung:** Die Bedeutung dieser beiden wichtigen Sozialisierungsinstrumente liegt auf der Hand. In der deutschen Debatte setzt sich die Auffassung mehr und mehr durch, dass eine frühe Betreuung

*Fortsetzung Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

ung kleiner Kinder durch Fachkräfte außerhalb der Familie hilfreich ist, ebenso die Erkenntnis, dass Ganztagschulen mehr Chancengleichheit gerade für Kinder aus Migrantenfamilien ermöglichen. In Frankreich hingegen zitiert man immer wieder das deutsche Berufsbildungssystem, das trotz aller Schwierigkeiten im Vergleich zu Frankreich einen besseren Übergang junger Menschen in den ersten Arbeitsmarkt erlaubt. Die Übernahme von Elementen guter Praxis ist in diesem Bereich zwar langwierig, aber der wechselseitige Lernprozess ist unübersehbar.

**Vielfalt im Unternehmen:** Die französische Charta der Vielfalt im Unternehmen ist mittlerweile von Tausenden französischer Unternehmer unterzeichnet worden. In Deutschland war man gegenüber dem Vorschlag, diese Charta für deutsche Unternehmen zu übernehmen, zunächst eher zurückhaltend. Im Hintergrund wirkte die öffentliche Debatte um die EU-Richtlinie zur Antidiskriminierung nach. Dank eines intensiven Austauschs wuchs aber das Bewusstsein, dass auch für deutsche Unternehmen eine solche Selbstverpflichtung sinnvoll sein kann und sogar in die Globalisierungsstrategie vor allem großer Unternehmen passen würde. Im Dezember 2006 wurde die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland feierlich unterzeichnet. Der Untertitel „Diversity als Chance“ setzt gleichzeitig einen Akzent, der in der französischen Debatte weniger relevant scheint: Für die weltweit agierenden deutschen Unternehmen war schon lange das Thema „diversity management“ auf der Tagesordnung, auch wenn man dabei weniger an die Vielfalt innerhalb der deutschen Gesellschaft dachte als vielmehr an die Herausforderung interkultureller Zusammenarbeit weltweit. Ein schönes Beispiel für unterschiedliche Nuancen bei derselben Suche nach zukunftsweisenden Lösungen.

**Die Rolle der Medien:** In Frankreich ist ein farbiger Fernsehrichtensprecher zum Symbol für den zunehmend unverkrampften Umgang mit der sichtbaren Vielfalt der Gesellschaft geworden. Je selbstverständlicher es wird, dass Menschen unterschiedlicher Hintergründe normale Karrieren auch in den großen Medienbetrieben machen, desto mehr wird auch die Repräsentation der Vielfalt die Akzeptanz in der Gesellschaft fördern. Verordnen lässt sich die bewusste Schaffung exemplarischer, medialer Karrieren sicherlich nicht – aber die Diskussion darüber kann einen wichtigen Baustein zur Konstruktion der Gesellschaft der Zukunft beitragen.

**Die kommunale Ebene:** Alle Maßnahmen und Programme zugunsten von Integration und Chancengleichheit müssen den Praxistest vor

Ort bestehen. Diese Erkenntnis hat viele Treffen inspiriert, wo Verantwortliche aus Kommunen und Gebietskörperschaften in den Erfahrungsaustausch eingetreten sind. Brandenburg und Ile-de-France bauen gemeinsam mit Berlin und Paris ein Netzwerk zum Erfahrungsaustausch auf, Bürgermeister und Dezernenten diskutieren über kommunales Integrationsmanagement – die Kontakte sind vielfältig und werden zu zahlreichen gelungenen Übernahmen einzelner Handlungsansätze führen. Das dichte Netzwerk der Städtepartnerschaften kann die Thematik aufgreifen und manchem Treffen neue, interessante Impulse geben.

Für den Bereich des kommunalen Austauschs ist es noch zu früh, um konkrete Ergebnisse des deutsch-französischen Dialogs zu präsentieren.



*Haben das Thema „Integration und Chancengleichheit“ zum Gegenstand eines intensiven deutsch-französischen Dialogs gemacht (v.l.n.r): der französische Minister für Chancengleichheit, Azouz Begag, seine deutsche Amtskollegin Maria Böhmer, der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, und seine französische Kollegin Catherine Colonna.*

Aber es zeichnet sich ab, dass unabhängig von den nationalstaatlichen Verwaltungstraditionen der entscheidende Schlüssel zum Erfolg integrationsfördernder Politik in der Verknüpfung aller Zuständigkeiten liegt. Was eine Herausforderung für alle Teile der Gesellschaft ist, muss auch als Querschnittsaufgabe der Verwaltung organisiert werden.

Der deutsch-französische Diskussionsprozess wird fortgeführt. Neben dem Austausch guter Praxisbeispiele wird es in den kommenden Monaten und Jahren darum gehen, die sozial- und kulturwissenschaftliche Analyse der Transformationsprozesse in den europäischen Gesellschaften voranzubringen. Dialogfähigkeit ist erforderlich, wenn gute Praxis in unterschiedlichen nationalen Kontexten zur Anwendung kommen soll. Die Übertragung von Lösungsansätzen und Programmen kann nicht bloße Imitation sein, sondern erfordert eine Reflexion der jeweiligen Hintergründe und Wirkungsbedingungen.

### Wissenschaftliche Diskussion

Die wissenschaftliche Diskussion der sozialen und kulturellen Herausforderungen ist eine wichtige Aufgabe, die wertvolle Impulse in die europä-

weite Diskussion des Themas einbringen kann. In den kommenden Monaten werden einige Tagungen diese Vertiefung des Themas vorantreiben. Im Mai findet im Saarland in der Europäischen Akademie Otzenhausen der 9. Deutsch-Französische Dialog statt, der von der ASKO EUROPA-Stiftung getragen wird. Dort geht es unter dem Stichwort „Zuwanderungsland Europa“ um verschiedene Aspekte der Migration, darunter auch um Integrationspolitiken in Deutschland, Frankreich und weiteren europäischen Ländern. Die Deutsch-Französische Hochschule schreibt eine Sommeruniversität aus, in der vor allem jüngere Wissenschaftler der Sozial- und Kulturwissenschaften ihre Arbeiten und Fragestellungen in die Diskussion einbringen werden. Die Ergebnisse dieser eher wissenschaft-

lich ausgerichteten Kolloquien sollten in einer Form aufbereitet werden, die den Akteuren in der Praxis die Möglichkeit eröffnet, ihr eigenes Handeln in einen größeren, auch historischen Zusammenhang zu stellen. Ein sehr viel versprechendes Projekt wird im Herbst 2008 gerade diese historische Perspektive in den Mittelpunkt stellen: Die Cité nationale de l'Histoire de l'Immigration und das Deutsche Historische Museum in Berlin werden in ihrer gemeinsamen Ausstellung „Selbstbilder – Fremdbilder in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert“ nach den Repräsentationsformen und mentalen Konzepten des Eigenen und des Fremden fragen und damit einen originellen Beitrag zur Thematik „Integration und Chancengleichheit“ leisten.

Es bleibt festzuhalten, dass es den beiden Regierungen mit ihrer Initiative gelungen ist, eine positive, vielseitige und fruchtbare Dynamik zu entfalten, die sowohl von den deutsch-französischen Einrichtungen als auch von zahlreichen Organisationen und Personen getragen wird, die bisher wenige Kontakte zum jeweils anderen Land hatten.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)



# Zweite Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft

Der französische Conseil économique et social (CES) hatte am 18. und 19. Januar 2007 zur zweiten Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft nach Paris eingeladen. Etwa 40 deutsche Vertreter der Sozialpartner und des dritten Sektors waren zusammengekommen, um mit den Mitgliedern des französischen Wirtschafts- und Sozialrats über das Thema „Integration und Chancengleichheit – die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland und Frankreich“ zu diskutieren. Das Treffen reiht sich gleichzeitig in eine Serie von deutsch-französischen Konsultationen zu diesem Thema ein, die vom deutsch-französischen Ministerrat am 14. März 2006 angestoßen wurde. Im Mittelpunkt steht der Austausch guter Praxisbeispiele, um die nationale, die bilaterale und die europäische Diskussion zu befruchten.

Auf dem feierlichen Abendempfang im französischen Außenministerium unterstrich die französische Europaministerin und Beauftragte für deutsch-französische Zusammenarbeit, Catherine Colonna, dass bei dem Thema „Integration und Chancengleichheit“ nur im Dialog mit allen Akteuren des Staates und der Gesellschaft Fortschritte erzielt werden können. Sie unterstrich die Bedeutung dieser jährlichen Treffen, die eine Antwort auf die Anregung des Staatspräsidenten Chirac und des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder sind, die Vertreter der Zivilgesellschaft einander näher zu bringen. Jacques Dermagne, Präsident des CES, dankte der Ministerin für ihre Unterstützung und betonte, dass gerade in einem Moment der institutionellen Blockade in der Europäischen Union der Beitrag der Vertreter der Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung sei.

Am 19. Januar wurde der Arbeitstag von Jacques Dermagne eingeleitet, der auf die Bedeutung des Themas „Integration und Chancengleichheit“ in der französischen Öffentlichkeit einging. In seiner Einführung ins Thema unterstrich der Direktor des dfi, Frank Baasner, wie wichtig ein sorgfältiger Umgang mit der politischen Semantik für das gegenseitige Verständnis ist. Nur wenn man die genauen Inhalte und Gebrauchsweisen der scheinbar gleichen Begriffe wie „Integration“, „Migration“, „Vielfalt“ usw. kennt, kann man sich in der Diskussion auf die Kernprobleme konzentrieren. Raphaël Hadas-Lebel, der die Debatte am Vor-



Teilnehmer an der zweiten Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft (v.l.n.r.): Raphaël Hadas-Lebel, ehemaliger Ausschussvorsitzender im Staatsrat, Jacques Dermagne, Präsident des CES, und Frank Baasner, Direktor des dfi.

mittag leitete, reagierte auf die einführenden Worte von Frank Baasner und erläuterte die Hintergründe des republikanischen Diskurses zur Integration.

Während der Vormittag der Rolle der Schule für Integration und Chancengleichheit gewidmet war, drehte sich der Nachmittag um die Frage nach dem Übergang von der Erstausbildung in den Beruf. Das erste Referat von Jean-Paul de Gaudemar, Rektor der Akademie Aix-Marseille, rief in Erinnerung, wie stark sich die Funktion der Schule in Frankreich in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Die allgemeine schulische Ausbildung war auf der „Zerstörung“ der Ausbildung im Lehrlingsverhältnis aufgebaut, wollte also bewusst die allgemeine intellektuelle und nicht praktische Bildung in den Vordergrund stellen. Früher war Schule in Frankreich auch nicht dazu da, die Elite des Landes zu produzieren. Diese Situation hat sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs beschleunigt. Kam früher ein Prozent der Jugendlichen zu einem Abitur, sind es heute mehr als 70 Prozent eines Jahrgangs. Diese Vermassung ist natürlich nicht ohne Folgen geblieben. Heute stellt sich vor allem die Aufgabe, die Schule stärker mit der Welt der beruflichen Praxis zu verknüpfen. Dieser Aspekt zog sich durch alle Beiträge des gesamten Tages hindurch, besonders im Hinblick auf die französische Situation.

Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München skizzierte die deutsche Diskussion um Zugang zu schulischer Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund. Sie stellte heraus, dass in Deutschland mehr als in anderen Ländern

schulisches Versagen „vererbt“ wird. Dies trifft in besonderem Maße Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die folgenden Referate zum Thema schulische Bildung von Dr. Michael Meimeth (ASKO EUROPA-Stiftung) und Elisabeth Morin (französisches Bildungsministerium und Mitglied des CES) befassten sich besonders mit den Förderansätzen für benachteiligte Gruppen. Das Netzwerk START, das in ganz Deutschland von zahlreichen Stiftungen und Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden und kommunalen Trägern organisiert wird, fördert gezielt junge Menschen aus bedürftigen Familien mit Migrationshintergrund. In Frankreich, so Elisabeth Morin, gibt es keine Programme, die auf bestimmte ethnisch definierte Gruppen abzielen, wohl aber Förderprogramme für Schulen mit „besonderem pädagogischem Bedarf“.

Ob privater Ansatz oder staatliches Privileg: Gemeinsam ist beiden Erfahrungen, dass nur die individualisierte Förderung (neben den strukturellen Maßnahmen) den besonderen Bedürfnissen der mehrfach benachteiligten Jugendlichen gerecht werden kann. Die anschließende, lebhaft diskutierte parallele Entwicklung in beiden Ländern. Zu viele Jugendliche werden vom bestehenden Bildungssystem nicht genügend gefördert, gleich ob es sich um Jugendliche mit Migrationshintergrund handelt oder nicht. Keine hoch industrialisierte Gesellschaft kann es sich leisten, ca. zehn Prozent eines Jahrgangs ohne Qualifizierung bzw. Abschluss in die Gesellschaft zu entlassen.

Am Nachmittag stand der Übergang von der schulischen bzw. beruflichen Ausbildung in den Arbeitsmarkt auf der Tagesordnung. Das deut-

*Fortsetzung Seite 5*

*Fortsetzung von Seite 4*

sche duale System genießt in Frankreich traditionell ein hohes Ansehen. Ernüchternd dagegen die Darstellung von Dr. Gisela Dybowski vom BiBB (Bundesinstitut für Berufsbildung), die über die zunehmenden Probleme des dualen Systems berichtete, alle Jugendlichen in Ausbildung und dann in den Arbeitsmarkt zu bringen. Die Anzahl der rein schulischen Ausbildungsgänge nimmt stark zu, und der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ist nicht signifikant schlechter als im dualen System. Christian Forestier vom CEREQ (Centre d'études et de recherches sur l'emploi et les qualifications), dem Partnerinstitut des BiBB, erläuterte die französische Situation. Grundsätzlich kann man zwar sagen, dass es dem französischen Berufsbildungssystem an Praxiselementen fehlt, aber auch das vorwiegend schulische System ist in einigen Ausbildungstypen sehr erfolgreich. Das größte Problem in Frankreich haben die Jugendlichen ohne Diplom – wie ihre deutschen Altersgenossen müssen gerade sie in langen Weiterbildungen und Schulungen für den ersten Arbeitsmarkt erst vorbereitet werden. Die Arbeitslosenquote ist in dieser Gruppe signifikant höher als bei denjenigen Jugendlichen, die ein Diplom haben.

Im zweiten Teil des Nachmittags wurde die Sicht der Arbeitgeber erläutert. Jean-Luc Placet, ein Unternehmenschef und Vertreter des

Medef (französischer Arbeitgeberverband), monierte die grundsätzlich negative Sicht und Darstellung der Unternehmenswelt durch die französischen Lehrer. In pointierter Form forderte er mehr Sachlichkeit und Offenheit gegenüber der Privatwirtschaft, auch wenn dies der Mehrheit des Lehrkörpers aus ideologischen Gründen nicht liegen möge. Weniger konfliktuell angelegt war das Exposé von Tanja Nackmayr, Vertreterin der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände). Im deutschen System habe sich das freiwillige Engagement zugunsten von mehr Ausbildungsverträgen bewährt. Im „Pakt für Ausbildung“ arbeiten Arbeitgeber, Kammern und alle Sozialpartner zusammen, um möglichst vielen Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag zu verschaffen. Nackmayr beklagte, ähnlich wie der Vertreter des Medef, die mangelnde Durchlässigkeit zwischen Schule und Berufswelt, weswegen viele Jugendliche eine Ausbildung in einem Beruf beginnen, von dem sie nach sechs Monaten merken, dass sie ihn nicht ausüben wollen oder können. Frühzeitige Kurzpraktika oder „Schnuppertage“ könnten hier helfen.

In der Diskussion wurde unterstrichen, dass es bereits zahlreiche Programme für einen frühen Kontakt zwischen Schülern und Unternehmen gibt, die ausgebaut werden sollten. Gilles Grilhot, Vertreter des deutsch-französischen Sekretariats für berufliche Bildung, erläuterte die

bestehenden Austauschprogramme für deutsche und französische Auszubildende. Mit diesem spezifischen Programm, das auch vom Deutsch-französischen Jugendwerk (DFJW) gefördert wird und das neben den europäischen Programmen wie Leonardo existiert, können Mobilität und praktische Berufserfahrung im anderen Land gefördert und angeregt werden.

In seinem sowohl philosophischen als auch politischen Schlusswort kam der ehemalige Bildungsminister und Mitglied des CES, Luc Ferry, erneut auf die unterschiedlichen kulturellen Bildungstraditionen in Europa zurück. Sein Plädoyer galt dem Festhalten an der in Frankreich tief verankerten Überzeugung, dass die Schule die wichtige Aufgabe habe, sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Es gehe um „Erziehung“, also um eine Veränderung der jungen Menschen in Richtung eines zivilisatorischen Ideals, und nicht um die statisch verstandene „Selbstfindung“. Das republikanische Erziehungsideal solle beibehalten werden und gerade in der heutigen schwierigen Situation zur Anwendung kommen.

Das dfi hat für diese Tagung ein zweisprachiges Dossier zusammengestellt, das [online](#) auf der dfi-Homepage kostenfrei zur Verfügung steht.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

Jetzt in zwei Sprachen

## „dfi aktuell“ im neuen Gewand

Seit 2004 ist das dfi in Paris mit einem Büro vertreten. Diese Präsenz vor Ort ist Ausdruck des Willens, die Arbeit des Instituts in Frankreich noch besser sichtbar zu machen und zugleich für unsere französischen Partner direkt ansprechbar zu sein. Vom Erfolg dieser Strategie zeugen beispielsweise die aktive Rolle, die das Institut im Rahmen des deutsch-französischen Dialogs über Integration und Chancengleichheit spielt, oder die substantielle Beteiligung des dfi an der – mittlerweile bereits zum zweiten Mal veranstalteten – Jahreskonferenz des Conseil économique et social (vgl. die Berichte in dieser Ausgabe).

Vor diesem Hintergrund wollen wir eine Anregung vieler französischer Freunde des dfi aufgreifen und unsere Publikationen zunehmend auch in französischer Sprache

anbieten. Daher erscheint „dfi aktuell“ heute erstmals sowohl in einer eigenständigen deutschsprachigen als auch einer französischsprachigen Fassung. Diese Praxis werden wir zukünftig ausweiten. Zudem wird „dfi aktuell“ künftig sechs Mal im Jahr erscheinen.

Gleichzeitig haben wir die Gelegenheit genutzt, das Erscheinungsbild von „dfi aktuell“ behutsam zu modernisieren. Mit dieser Layoutüberarbeitung, in deren Mittelpunkt die Verbesserung der Lesefreundlichkeit vor allem der elektronischen Ausgabe stand, geht eine klare inhaltliche Dreiteilung einher:

**Die Rubrik „dfi Analyse“** bietet zukünftig eine ausführlichere Analyse zu aktuellen Frankreichthemen oder deutsch-französischen Fragen, die zugleich mit der Arbeit

des dfi in Verbindung stehen.

**Die Rubrik „dfi Information“** enthält kurze Beiträge und Berichte über die vielfältigen Aktivitäten des Instituts.

**Die Rubrik „dfi Service“** informiert schwerpunktmäßig über dfi-Serviceangebote (z. B. Dienstleistungen der Bibliothek, Buchvorstellungen) und neue Publikationen des Instituts.

Für die Zukunft ist geplant, dass Interessenten den Informationsdienst auch direkt über das dfi-Internetangebot abonnieren und ihr Abonnement auch selbst verwalten können.

Über Ihre Anregungen und Reaktionen auf „dfi aktuell“ im neuen Gewand freuen wir uns!

Sebastian Nix [nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

## Neu: Frankreich Jahrbuch 2006

Kommunikation als Form politischen Handelns ist in den letzten Jahren zunehmend Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschungen geworden, doch kaum mit Blick auf Frankreich. Das Frankreich Jahrbuch 2006 schließt diese Lücke. Es versammelt – ausgehend von den Inhalten der 22. dfi-Jahrestagung im Jahr 2006 – im Themenschwerpunkt Beiträge zum französischen Typus der Regierungskommunikation, zu Strategien politischer Überzeugungsarbeit, zur Rolle Europas in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs, zu Formen politischer Kommunikation am Beispiel des Referendums zur EU-Verfassung sowie zur Rolle der Medien. Weitere Beiträge befassen sich mit der Fußball-WM in Frankreich 1998 und Deutschland 2006 sowie mit den Tendenzen des französischen Gegenwartstheaters.

Das Frankreich Jahrbuch greift alljährlich ein Thema der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Aktualität auf, das

den Schwerpunkt eines Bandes bildet. Daneben versammelt es wissenschaftliche Beiträge aus Politik-, Wirtschafts- und Kultur-

wissenschaft. Ein umfangreicher Dokumentationsteil mit Jahreschronik, sozioökonomischen Basisdaten sowie einer umfassenden Bibliographie deutschsprachiger Literatur zu Frankreich machen das Frankreich Jahrbuch zu einem aktuellen Nachschlagewerk.

Wolfram Vogel [vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de)



Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Frankreich Jahrbuch 2006: Politik und Kommunikation.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – 372 S.

### dfi Jahrestagung

#### Call for Papers

Die diesjährige Jahrestagung des dfi vom 28. bis 30. Juni 2007 steht im Zeichen des Themas „50 Jahre V. Republik: Performanz und Krise eines politischen Systems“. Interessenten, die mit eigenen Vorträgen zu dieser

Tagung beitragen möchten, finden weitere Informationen dazu im [Internetangebot des dfi](#). Entsprechende Angebote bzw. Abstracts müssen bis zum 30. März eingereicht werden.

Wolfram Vogel [vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de)

Henrik Uterwedde [uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)

## Neu: dfi compact Nr. 5 „Welche Zukunft für den Oberrhein?“

Diese Publikation ist das Ergebnis eines Kooperationsprojekts des dfi mit der Fondation Entente Franco-Allemande (FEFA). Die Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage bei der Bevölkerung und einer Befragung der Akteure grenzüberschreitender Zusammenarbeit werden hier zusammengeführt. Die Erwartungen sprechen eine klare Sprache: Stärkung der

*Deutsch-Französisches Institut/FEFA (Hrsg.): Welche Zukunft für den Oberrhein? Die Erwartungen der Akteure und Bürger.* – Ludwigsburg: dfi, 2007. 8 Euro. [Bestellen Sie hier.](#)



grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Förderung der Zweisprachigkeit, Ausbau der Infrastrukturen und Reorganisation der Institutionen. Die Vorworte von André Bord, Adri-

en Zeller, Dr. Sven von Ungern-Sternberg und Urs Wüthrich-Pelloli zeigen ebenso wie die Beiträge von Alexis Lehmann und Dr. Wolfram Vogel, dass die Zukunft am Oberrhein dynamisch gestaltet werden kann, wenn alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und gemeinsam handeln.

Frank Baasner  
[baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

### Termine

#### 15./16. März

Deutsch-französische Bürgermeisterkonsultationen zu kommunalem Integrationsmanagement, Veranstaltung der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung in Zusammenarbeit mit dem dfi; Stuttgart

#### 25. April

Vorstellung des Sammelbands „Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch: Entwicklung und Perspektiven“ im Generalsekretariat der Kultusministerkonferenz; Bonn

#### 10./11. Mai

9. Deutsch-Französischer Dialog: Einwanderungsland Europa – Ursachen, Herausforderungen, Chancen, Veranstaltung der ASKO EUROPA-Stiftung in Kooperation mit dem dfi; Otzenhausen

Hannelore Braun [braun@dfi.de](mailto:braun@dfi.de)

### Aktuelles online

Wer sich zeitnah und aus erster Hand über die Arbeit des dfi informieren will, dem bietet das Institut jetzt einen besonderen Service an: Die Inhalte der Rubrik „Aktuelles“ auf der dfi-Homepage stehen ab sofort als [RSS-Feed](#) zur Verfügung und können über [Feed-Reader](#) abonniert werden. Dieses Angebot ergänzt den Informationsdienst „dfi aktuell“ um ein ständig aktualisiertes Informationsangebot.

Silvia Wientzek [wientzek@dfi.de](mailto:wientzek@dfi.de)

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50  
[www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
[info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)  
Redaktion: Sebastian Nix  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner